

Die Freiheit erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Porto nehmen sämtliche Vorkaufstellen Bestellungen entgegen. Unser Streifenband bezogen für Deutschland und Österreich 18,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. einschließlich Porto-Ausschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 20,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Die achtspaltige Annoncenzeile über deren Raum kostet 6,- M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fertige Blatt (Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen (einmal) 1,- M., zweimal 1,50 M., dreimal 2,- M., viermal 2,50 M., fünfmal 3,- M., sechs- bis zehnmal 3,50 M., elf- bis zwanzigmal 4,- M., mehr als zwanzigmal 4,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Gesamtprocent: Zentrum 2020, 2045, 4518 4603, 4635, 4649, 4921.

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Ein Umsturzherd im Kreise Arnswalde

### Hauptmann Pfeffer als Organisator

Wir haben schon mehrfach darauf hingewiesen, daß die Militärlisten, nachdem sie bereits Pommern mit einem starken Reiz militärischer Geheimorganisationen überzogen haben, ihre Rüstungsarbeiten jetzt in der Mark Brandenburg fortsetzen. Massenweise werden die Angehörigen der früheren Freikorps auf den Gütern untergebracht, dort in militärischen Verbänden zusammengeführt und für den neuen Umsturz in Bereitschaft gehalten. Hauptorganisator für Brandenburg ist Hauptmann Pfeffer, der Nachfolger des berühmtesten Frontbundes. Gegen ihn ist vor einigen Wochen, um die Deffektivität zu beruhigen, ein Steckbrief erlassen worden; Hauptmann Pfeffer hat sich darüber nicht aufgeregt. Er fühlt sich quatschvergnügt und arbeitet unabhängig an seinem großen Ziele, was durch folgenden Befehl, den er vor einigen Tagen erlassen hat, der Deffektivität gezeigt werden mag:

Arbeitsgemeinschaft P. Arnswalde, 12. Juli 1920.

#### Anordnung 1.

1. Die hiesigen Verhältnisse sind noch nicht so völlig durchorganisiert, wie es den Anschein hatte. Noch bestehende Schwierigkeiten werden in Kürze verschwinden. Bis dahin wolle man Geduld haben und an der Organisation mithelfen.
2. Die Vorkämpfer belaufen sich auf 12-15 Mann gleich in der Zahl, außerdem Verpflegung, Unterbringung, Versicherung und Krankenpflege. Natürlich muß in dem erzielbaren Umfang dafür gearbeitet werden. Der einheitliche Satz ist noch nicht überall durchgedrungen, wird dort aber bestimmt nachgezogen, sei es vom Arbeitgeber oder von einer Kasse. Unter diesen Umständen ist kein Grund zu Beunruhigung oder Alarm vorhanden, wenn am ersten Zahltag nicht alles stimmt.
3. Arbeits-Drillisch-Arbeitung wird beschafft und sehr preiswert abgegeben. Bis dahin bitte man die Arbeitgeber, solche Arbeit vorläufig zurückzustellen, die besonders zersetzend auf die Arbeiter wirken. Mit Schutzzeug sind Bemühungen im Gange, ohne daß man jetzt schon etwas Bestimmtes versprochen kann. Rauchwaren und Kantinenwaren sollen durch eigene Kantine beschafft werden.
4. Unterbringungsgebiete der einzelnen Kompagnien ist in der beiliegenden Karte eingezeichnet. Die Kompagnien haben im Einzelnen mit den Besitzern und Bauern für zweckmäßige Verteilung in dem Raum zu sorgen sowie für Auffindung weiterer Unterbringungsmöglichkeiten für Nachzügler.
5. Im falschen Raum befindliche Leute müssen umziehen. Fremde, die sich unter die Transporte gemengt haben, sind be-

sonders zu melden unter Angabe, ob ihr Verbleiben gewünscht wird.

6. Beiliegender Fragebogen muß schnellst ausgefüllt werden. Kompagnieführer bzw. Vertrauensleute mit nächstem Telefon sind besonders zu kennzeichnen.

7. Ich bin im Hotel Radisch, Marktplatz Arnswalde, Telefon Nr. 18, von jetzt an dauernd erreichbar.

8. Täglich vorab Befehlscomplan und Auskunft in meinem Quartier. Dazu von jedem Kompagniebereich ein Vertreter. Bahnfahrt wird verrechnet.

9. Der Organisationsdienst ist tarifmäßiger Arbeitsdienst.

10. Augenblicklich ist die gute Unterbringung und Einbürgerung in die hiesigen Verhältnisse die schwierigste Aufgabe. Erst danach wird die weitere Organisation dringlich.

11. Jedermann sei sich nochmals darüber klar, daß neue Verhältnisse immer Unbequemlichkeiten mit sich bringen, die sich sofort unangenehm bemerkbar machen, während die guten Seiten erst allmählich zum Bewußtsein kommen. Immer aber werden die Schwierigkeiten täglich geringer, das Gute aber täglich größer. Die Einsichtigen müssen verfehlte Mißstimmung wegen Kleinigkeiten verhindern.

12. Dieser Befehl ist möglichst bald mit allen Leuten zu besprechen. Fremden gegenüber ist er streng geheim zu halten, weil wir sonst nur Hader und Schwierigkeiten davon haben. Ziffer 2 und 3.

Bisher sind im Kreise Arnswalde vier Kompagnien Infanterie, mehrere Batterien Artillerie, sowie Train, Verpflegungs- und Sanitätskolonnen untergebracht. Außerdem die Batterie Flak von der Eisernen Division, Artillerie, Infanteriegewehre und M.G. sind auf den Gütern reichlich versteckt. Auch mehrere Minenwerfer sind vorhanden. Das fehlende Material wird Herr Pfeffer noch besorgen, da er gute Verbindungen zur Reichswehr hat, von der er auch die in seinem Befehl genannten Drillschulung zu beziehen gedenkt.

Was sagt die Regierung zu diesem Vorgang? Wo ist der Staatskommissar zur Überwachung der öffentlichen Ordnung? Glaubt man an den amtlichen Stellen, daß es sich bei Pfeffer nur um eine bloße Spielerei handelt? Die Deffektivität wird vielleicht über kurz oder lang erfahren, wie ernst es dem Pfeffer und seinen Bundesgenossen ist. Sie wird dann aber auch wissen, daß für die Ereignisse, die eintreten, in erster Linie die Regierung verantwortlich zu machen ist, die mit zugebrückten Augen den Rüstungen der Konterrevolution zusieht und sie sogar direkt und indirekt fördert.

## Zur Einigung der Gewerkschaften mit der Rätebewegung

Von Georg Ledebour

Ueber die Frage, wie das Verhältnis der Gewerkschaften zu den Organisationen der Betriebsräte zu gestalten und welche Abgrenzung der Befugnisse zwischen ihnen vorzunehmen ist, sind starke Meinungsverschiedenheiten unter den Genossen entstanden. Auch die Reichstagsfraktion der U. S. D. hat sich in mehreren Sitzungen damit befaßt unter Zuziehung von Vertretern der Gewerkschaften wie der Groß-Berliner Zentrale der Betriebsräte. Schließlich wurde eine aus Vertretern der drei Organisationen zusammengesetzte Kommission mit der Aufgabe betraut, einen Ausgleich zu finden. Unsere Bemühungen waren bisher vergeblich. Beide Seiten hielten an den vorher bereits gefaßten Beschlüssen ihrer Körperschaften fest.

Die gegensätzlichen Auffassungen lassen sich kurz dahin zusammenfassen: die Vertreter der Rätebewegung beharren bei einer selbständigen Organisation der Betriebsräte, die aus sich heraus zunächst örtliche Betriebsrätezentralen bilden. Die ursprüngliche Forderung einer selbständigen Finanzierung dieser Organisationen wurde dahin modifiziert, daß die Gelder durch die Gewerkschaften durch ein Umlageverfahren aufgebracht werden sollten.

Demgegenüber machen die Gewerkschaftsvertreter geltend, daß schon die Betriebsrätezentrale bedenkliche Eingriffe in die Gewerkschaftstätigkeit herbeiführt, da den jetzt gesetzlich konstituierten Betriebsräten Funktionen zugewiesen seien, die bisher von den Gewerkschaften ausgeübt wurden. Die dadurch heraufbeschworene Gefahr eines Konkurrenzkampfes zwischen Betriebsräten und Gewerkschaften werde noch erheblich verstärkt durch eine selbständige organisatorische Zentralisierung der Betriebsräte. Die neue Organisation werde, wie Ansprüche ihrer Befürworter jetzt schon klar erkennen lassen, den Versuch machen, gerade die wichtigsten Funktionen, die Leitung umfassender Wirtschaftskämpfe, den Gewerkschaften aus den Händen zu winden. Eine solche Gegenorganisation könnten sich die Gewerkschaften deshalb unmöglich gefallen lassen.

Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, hat dann der Gewerkschaftsbund für die Zusammenfassung der Betriebsräte Richtlinien entworfen. Sie kommen im Kern darauf hinaus, daß zwar die bestehenden Betriebsräte zusammengeführt werden sollen, aber unter einer von den Gewerkschaften eingeleiteten Leitung, so daß auf solche Weise die einheitliche Führung der Wirtschaftskämpfe durch die Gewerkschaften sichergestellt würde.

Um diese beiden gegensätzlichen Forderungen sind bereits heftige Meinungskämpfe entbrannt, auch innerhalb der Parteiorganisationen. Die Folgen sind unabsehbar. Das Parteiinteresse wie das Interesse der sozialistischen Gesamtbewegung verlangt, daß ein Ausgleich gefunden wird, der neue zerrüttende innere Kämpfe vermeidet und alle wirtschaftlichen Kräfte zusammenhält zur Durchführung der proletarischen Emanzipationskämpfe.

Ich glaube nun, nach reiflicher Ueberlegung einen Vorschlag machen zu können, der unter Vermeidung der Mängel jener beiden Organisationsentwürfe beiden Richtungen die gemeinsame Verwirklichung ihrer Bestrebungen in einheitlichen Körperschaften ermöglicht.

Ich schiede voraus, daß der Vorschlag des Gewerkschaftsbundes deshalb unrealisierbar ist, wie ich in der Fraktion bereits nachgewiesen habe, weil die Betriebsräte auf ganz verschiedener Grundlage aufgebaut sind wie die Gewerkschaften. In den Betriebsräten wählt jeder in den Betrieben tätige Arbeiter oder Angestellte, also auch solche, die nicht auf freigewerkschaftlichem Boden stehen, z. B. Christlich-Soziale, Christlich-Sozialistische, Gelbe. Keine auf freiwilligem Beitritt beruhende Organisation kann einfach nach Beschluß jener Formationen in ihren organisatorischen Aufbau eingliedern.

Die Zusammenfassung der gesetzlich geschaffenen Betriebsräte in örtliche und umfassendere Einheitsorganisationen hängt jedoch in der Luft, da das Gesetz den Zusammenschluß der Betriebsräte untersagt, und es deshalb von dem Belieben, oder vielmehr von der zeitweiligen Machtbetätigungsmöglichkeit der Behörden abhängt, ob sie solche Betriebsrätezentralen unangetastet lassen wollen oder nicht. Dazu kommt dann noch der schon erwähnte, von Gewerkschaftsseite gemachte Einwand, daß diese selbständigen Betriebsräteorganisationen unvermeidlich zu Konkurrenzten der Gewerkschaften auswachsen müssen.

Ich glaube nun, man kann alle diese Uebelstände dadurch vermeiden, daß man nicht die Betriebsräte als solche organisatorisch zu erfassen sucht, sondern nur die auf freigewerkschaftlichem Boden stehenden Mitglieder der Betriebsräte, indem man von ihnen Vertreter in die bestehenden örtlichen Gewerkschaftskommissionen oder Kartellvertretungen wählen läßt.

## Kabinettsitzung über Spa

Berlin, 19. Juli. Amtlich.

Das Reichskabinett nahm heute nachmittags in Gegenwart des Reichspräsidenten die Berichte des Ministers des Auswärtigen, des Reichswirtschaftsministers und des Reichswehrministers über die auf die wirtschaftlichen Fragen bezüglichen Beschlüsse von Spa entgegen. An diese Berichte schloß sich eine mehrstündige eingehende Aussprache an.

### Poincare, der Unentwegte

Paris, 19. Juli.

Im „Matin“ schreibt der ehemalige Präsident der Republik Poincare: Die Deutschen zu einer kontraktualistischen Verhandlung über die Ausführung des Friedensvertrages einzuladen, konnte doch nur bedeuten, daß man ihnen zu verstehen geben wollte, daß man geneigt wäre, den Vertrag nicht vollkommen auszuführen, und ihn zu ihren Gunsten abändern lassen wollte. Wenn man sich vor ihnen mit dem Delzeig im Schnabel wie Friedenstauten hinstelle, müsse dies Re natürlich in ihrer Verzweiflung und ihren Forderungen ermutigen. Poincare hofft, daß einige der französischen Alliierten keine verlorenere Position erhalten hätten. Vielleicht seien sie jetzt über die wirkliche Verfassung der deutschen Regierung unterrichtet. Vielleicht hätten sie verstanden, daß die Sprache, deren man sich bedienen müsse, um mit Deutschland zu reden, die Sprache der Festigkeit und der Gewalt sei.

## Das sowjetfeindliche Frankreich

Paris, 19. Juli.

Eine halbamtliche Mitteilung, die der „Temps“ veröffentlicht, erklärt, die französische Regierung habe zwar Kenntnis von den Waffenstillstandsbedingungen gehabt, die die englische Regierung Polen und Sowjetrußland vorge schlagen habe, sie sei aber in keiner Weise an diesem Schritt beteiligt, da sie keine politischen Beziehungen zu Sowjetrußland unterhalte. Die französische Regierung habe auch nicht gegen die von England vorgelegenen Bedingungen protestiert, weil die Vertreter der polnischen Regierung die sofortige Beendigung der Feindseligkeiten gewürdigt hätten und ein französischer Protest dies jedenfalls nicht beschleunigt haben würde.

Aus dieser Meldung spricht die Angst der französischen Regierung, daß man sie etwa des Umganges mit der russischen Regierung beschuldigen könne. Diese heimliche Sachpolitik, die so gar nicht den großen Aufgaben einer europäischen Politik angemessen ist und nur vom Interesse des fran-

zösischen Rentnertums, das noch immer um seine russischen Milliarden bangt, geleitet ist, kennzeichnet sich selbst.

Es mag im übrigen Frankreich noch weniger wie England in den Kram passen, daß Polens Kampf gegen Sowjetrußland nicht die gewünschten Folgen zeitigt. Denn wenn England vorzüglich als der politische Inspirator des polnisch-russischen Konflikts in Betracht kommt, so Frankreich nicht minder durch eine materielle Unterstützung Polens, die sich ganz besonders auf militärischem Gebiet ausdrückt. Französische Generale und Offiziere stehen im polnischen Heere, französische Munition und Kriegsmaterial macht die polnische Armee kriegsfertig.

Diese engstirnige Politik wird durch die tatsächliche Entwicklung heftige geschoben werden. Die Anerkennung der Sowjetregierung steht bevor, was man sich dagegen sträuben, wie man will. Sie ist geboten aus dem dringenden Erfordernis, wenigstens eins der brennenden europäischen Probleme zu lösen und in Osteuropa klare politische Verhältnisse zu schaffen.

## Große Munitionsexplosion

Ludwigshafen, 19. Juli.

Die „Pfälzische Post“ meldet: Im Saaralber Wald befinden sich dreihundert Baracken mit Fliegerbomben, Granaten, Gasbomben, Artilleriemunition usw. aus deutschen Heeresbeständen. Durch die ungeheure Hitze der letzten Tage wurden Rauchfugeln und andere leicht entzündbare Körper, welche durch Diebe aus den Schuppen entwendet und im Walde verloren worden waren, zur Entzündung gebracht. Das Feuer griff auf die Baracken über, die mit ungeheurer Detonation in die Luft flogen. Bis Saargemünd, Forbach und St. Avold wurde die Explosion gehört. Ganz besonders schwer war die Detonation in Saaralben hörbar, wo unzählige Fenster- und Türen zertrümmert und hunderte von Dächern abgedeckt worden sind. Passanten wurden zu Boden geschleudert; es entstand eine allgemeine Panik, weil die Gefahr der Annäherung giftiger Gase bestand. Die Bewohner, der der Gefahr am meisten ausgesetzten Stadtviertel, haben ihre Wohnungen verlassen. Französische Soldaten, die mit Gasmasken und Apparat ausgerüstet sind, rückten von Saargemünd und Saaralben an. Der Wald wurde in weitem Umkreis abgeholt und ein acht Meter breiter Graben rings um die Brandstätte ausgehoben. Man hofft so, das Feuer zu lokalisieren. Das Feuer wütet noch weiter. Sonderzüge mit zweihundert Wagen stehen bereit, um die Bevölkerung abtransportieren zu können.

Ich beschränke mich in den weiteren Erörterungen auf Ser-  
tiner Verhältnisse. Der Vorschlag ist eventuell sinn-  
gemäß zu übertragen auf andere Orte oder Bezirke je nach  
den dort bestehenden organisatorischen Einrichtungen.

Ich schlage also vor:

Die Gewerkschaftskommission wird durch Ver-  
treter der freigewerkschaftlichen Mitglieder  
der Betriebsräte ergänzt.

Die Wahl (bei der das Mitgliedsbuch einer freien Ge-  
werkschaft sowie die Zugehörigkeit zu einem gewählten Be-  
triebsrat legitimiert) wird, nach Industriegruppen  
gesondert, vorgenommen, wobei es gleichgültig ist, ob  
die Arbeiterschaft in 12, 14 oder 15 Industriegruppen zer-  
legt wird.

Die Wahl erfolgt nach dem Proporzverfahren, so  
daß die verschiedenen gewerkschaftlichen Richtungen (U. S.  
P. D., S. P. D., K. P. D. usw.) ihrer Zahl entsprechend  
unter den Gewählten vertreten sind.

Die gewählten Betriebsrätevertreter sind  
völlig gleichberechtigt mit den wie bisher gewählten  
Gewerkschaftsvertretern in der Gewerkschafts-  
kommission.

Das zahlenmäßige Verhältnis der beiden  
Gruppen zu einander ist nach näherer Vereinbarung  
festzustellen, ebenso die Verteilung der Betriebsrätevertreter  
auf die Industriegruppen.

Die erweiterte Gewerkschaftskommission,  
wenn sie auch auf Grund zweier verschiedener Wahlver-  
fahren zusammengestellt ist, wirkt doch immer nur als  
eine einheitliche Körperschaft unter einheitlicher,  
von ihr selbstgewählter Leitung, nicht aber durch getrennte  
Beratung und Beschlussfassung der beiden Gruppen.

Zur konstitutiven Festlegung dieser erweiterten  
Gewerkschaftskommission ist es natürlich notwendig, daß das  
bestehende Regulatoriv geändert wird. Die Gewerks-  
chaften werden es sich auch zu überlegen haben, ob sie,  
wie bisher, nur Funktionärvertreter in die Kommissi-  
on entsenden, oder ihr ein erweitertes Wahlver-  
fahren auch für die Gewerkschaftsvertreter  
zurande legen wollen.

Der Aufgabenkreis der erweiterten Gewerkschafts-  
kommission wird der der bisherigen Kommission  
zugänglich der Aufgaben der bisherigen Be-  
triebsrätezentralen sein.

Die Betriebsrätezentralen in der Münz-  
straße und in den Zelten sind aufzulösen.

Die Finanzierung der erweiterten Gewerkschafts-  
kommission erfolgt durch die Gewerkschaften, sei es  
durch ein Umlageverfahren, sei es durch besondere Beiträge,  
oder auf beiden Wegen.

Sinngemäß wäre später diese lokale Organisation auch  
auf den gesamten Gewerkschaftsbund zu  
übertragen.

Was wäre durch dieses hier skizzierte Verfahren ge-  
wonnen?

Die sozialistische Rätebewegung wird mit der Gewerks-  
chaftsbewegung organisatorisch verbunden auf der gemein-  
samen Grundlage der Zugehörigkeit zu den freien Gewerks-  
schaften.

Die freigewerkschaftlichen Arbeiter erhalten einen starken  
Impuls, überall die Betriebsräte zu erobern.

Die Gewerkschaften werden vor der Gefahr bewahrt, ihren  
Einfluß und ihren Wirkungsbereich durch eine andere, auf der  
Grundlage des Betriebsrätegesetzes aufgebauten Organi-  
sation geschmälert zu sehen.

Andererseits erhalten die Gewerkschaften selbst einen An-  
stoß in der Richtung auf ihre Umgestaltung  
zu Industrieverbänden. Die Revolutionierung der  
Gewerkschaften wird also gefördert.

Ersichtlich wird auch das Zusammenwirken der  
Gewerkschaften mit den sozialistischen Par-  
teien zu großen politisch-wirtschaftlichen  
Aktionen.

Vor allem wird der unseelige, völlig überflüssige Kon-  
kurrenzkampf zwischen Gewerkschaften und  
Räteorganisationen vermieden. Ihre Kräfte  
erhalten, zusammengefaßt und einheitlich geleitet, doppelt  
verstärkte Stokkraft.

In der Hoffnung, daß die Gründe durchschlagen werden,  
unterbreite ich hiermit meinen Vorschlag der Erörterung der  
Genossen aller Richtungen und Organisationen.

## Die brüchige Friedensarbeit

Die internationalen Streitigkeiten dauern an. Die Bestim-  
mungen der verschiedenen von der allierten Friedenskonferenz  
fertiggestellten Friedensverträge, Mandats- und Hoheitsrechte er-  
weisen sich, kaum in die Praxis eingeführt, nicht als Regulatorien  
friedlicher Verständigung, sondern sie entfesseln geradezu erst die  
schwebenden Unstimmigkeiten und bringen die Konfliktstoffe zu  
offenem Ausbruch. Ganz besonders deutlich zeigen sich diese Nach-  
wirkungen des Krieges und der imperialistischen Friedenspolitik  
der Entente im Südosten Europas, sowie in Klein-  
asien.

Der neue Staat Südbalkanien liegt in einem beständigen  
Konflikt mit Italien. Vor allem sind es die Grenzregulie-  
rungen und der Einfluß an der Adria, der zu dauernden  
Reibungen zwischen Italien und Südbalkanien führt. Jetzt ist es  
wieder zu Zusammenstößen gekommen. In Triest, Spalato  
und anderen Städten der dalmatinischen Küste hat man die Ge-  
bäude der südbalkanischen Legationen demoliert. Im südbalkanischen  
Parlament in Belgrad ist es deshalb zu heftiger Anklage gegen  
Italien gekommen. Als Schlichter wird der Oberste Rat  
angerufen, der der Vater dieser staatlichen Angelegenheiten ist, und  
nun so wenig Freude an seinen Kindern erlebt. Es ist eben un-  
möglich, schwerer, den nationalen und wirtschaftlichen Ansprüchen  
der in Frage kommenden Staaten und Völker gerecht zu werden,  
als über diese hinweg nach kapitalistisch-imperialistischer Manier  
Länder und Interessen zu verteilten.

Wie im Südosten zwischen Italien und Südbalkanien, so steht es  
in Vorderasien. England ist dauernd in Mesopotamien  
beschäftigt, wo die Araber andauernd sich durch Ueberfälle auf die  
englischen Garnisonen bemerkbar machen. Frankreich scheint  
jetzt in Syrien vor einem neuen Feldzug zu stehen. Der Emir  
Faisal, während des Krieges der Vertraute Englands, der be-  
kanntlich den von Deutschland so kampfhaft in Szene gesetzten  
heiligen Krieg der Mohammedaner junichte machte, widersetzt sich  
der Ausübung der vollen Macht Frankreichs. Emir Faisal hat  
sich vor kurzem zum König von Syrien gemacht und scheint  
keine Lust zu haben, seine königliche Gewalt unter die Oberhoheit  
des französischen Mandats zu beugen. Er kann sich sicher dabei  
auf die Mehrheit der syrischen Bevölkerung stützen, denn bis jetzt  
sind den Franzosen von den Syrern noch keinerlei Liebenswürdig-  
keiten erwiesen worden.

Ueber die momentane Lage in Syrien orientieren Nachrichten,  
daß Faisal ein Ultimatum der französischen Regierung, in  
dem mitgeteilt wird, daß Frankreich die Eisenbahn in Sy-

rien übernehmen, Damaskus besetzen und seine volle Macht  
über den Mandatarstaat Syrien ausüben werde, völlig ignoriert  
habe und sich zum Widerstand vorbereite. Eine französische Streit-  
macht von 80 000 Mann unter dem General Gouraud hat  
sich nun nach Damaskus in Marsch gesetzt, wo Emir Faisal vier  
Divisionen versammelt hat. Es verlautet auch, daß Faisal mit  
Kemal Pascha, dem Anführer der türkischen Nationalisten, ge-  
meinsame Sache macht.

So vollziehen sich die Dinge ganz unabhängig vom Willen der  
Entente-Mächte. Auch hier wird letzten Endes nicht das  
Schwert entscheiden. Man wird gezwungen, die nationalen und  
wirtschaftlichen Ansprüche der zu politischer Reubelegung erwachten  
Völker des Orients miteinander in Einklang zu bringen, und  
war nicht vom Interessensstandpunkte der euro-  
päischen Großbourgeoisie, sondern in erster Linie von  
dem der beteiligten Völker selbst. Unterdes verbluten weiter  
Frankreichs Söhne auf fremdem Schlachtfeld zu Ruhen und Preis  
des Kapitals. Die französische Arbeiterschaft muß der Auswir-  
kung von ausländischen Militärexpéditionen den schärfsten Wider-  
stand entgegensetzen. Sie hat kein Interesse daran, daß ihre  
Brüder für den Größenwahnsinn der Kapitalisten sich opfern.

## Aus der Kugenküche

### Münchhausen erzählt jeden Tag

Die bürgerliche Presse setzt aus Gewohnheit ihren Lesern jeden  
Tag eine Mär über die Bildung der „Roten Armee“ vor. So-  
bald eine derartige Meldung als Schwindel entlarvt ist, kommt  
am anderen Tag eine neue, die noch dreister, einfältiger und  
dümmere ist. Vor einigen Tagen hieß es, in Halle sei ein  
Kurier verhaftet worden, bei dem man den ganzen Organi-  
sationsplan gefunden habe. Jetzt muß selbst die Regierung er-  
klären, daß der Polizei in Halle von der Verhaftung eines Ku-  
riers nichts bekannt geworden sei.

Der Kurier mit dem „geheimen Organisationsplan“ der Roten  
Armee ist in der bürgerlichen Presse keine Neuigkeit. Als im  
vorigen Herbst die Reichswehr herabgesetzt werden sollte, wurden  
kurz hintereinander drei Kurier „verhaftet“: der eine in der  
Nähe Dresdens, der zugleich die Verbindung mit der Tschekow-  
Slovakie aufrechtstellte, der andere in Halle (man merkt die  
Ähnlichkeit auf Mitteldeutschland) und der Dritte, der Gefährliche  
von allen, in Passau. Ihn verhaftete die Polizei auf einer  
Gartenbank, mit der Kriegskasse unter dem Arm und einem  
kifrierten Geheimplan zur Bildung der „Roten Armee“ in der  
Tasche. Die Angelegenheit war für Rostk, Heine und  
Sizsch wichtig genug, in den Parlamenten große Anklagereden  
gegen die U. S. P. D. zu halten. Sie schworen auf ihre Ge-  
wähsmänner, aber von den Kurieren hörte man nichts mehr.  
Ihnen hätte doch ganz einfach der Prozeß gemacht werden  
müssen. Doch das geschah nicht, weil die Kurier ganz einfach  
nicht in Haft genommen worden waren, weil die Geheimpläne,  
die man bei ihnen gefunden haben wollte, die Phantasiereprodukte  
eines verworfenen Epigels waren.

Diese Tatsachen müßten jedem Denkfähigen so geläufig sein, daß  
er auf keinen Schwindel mehr hereinfallen könnte. Aber  
Münchhausen ist so unermüdblich im Erzählen, wie der Leser  
der bürgerlichen Presse gutgläubig ist. Kaum ist die Erzählung  
von dem verhafteten Kurier in Halle als Lüge entlarvt, da  
kommt auch schon ein neuer Schwindel aus Hamburg. Dort ist  
„Genosse Otto“, Abgesandter der „Obersten Leitung der U. S.  
P. D.-Kampforganisation“ aus Berlin eingetroffen, ein Schwer-  
verwundet, der schon „einer der bekanntesten Organisatoren und  
Kämpfer des Ruhrgebiets“ war. Die Hamburger wollten sich den  
„Berliner Führer nicht aufsitzen lassen“, aber er setzte sich  
„nach einer erregten Aussprache“ durch, machte aus den zuver-  
lässigen Parteimitgliedern eine militärische Elitegruppe —  
ein Wundermann dieser Otto! — und dann kommt das Schönste:

„Die bestehende Kampforganisation der Ham-  
burger kommunistischen Arbeiterpartei, die aufgelöst  
wurde, ist von den Unabhängigen übernommen worden. Es  
wurde jedoch beschlossen, daß weder Mitglieder, noch Füh-  
rer der übernommenen Organisation an den Sitzungen der Un-  
abhängigen teilnehmen dürfen, um Verwirrungen zu vermeiden. Es  
wird überaus vorsichtig gearbeitet. Von diesem Verstand, Organi-  
sieren, Plänen wissen Dunderle von Personen in Hamburg.“  
Die Hamburger Kommunisten haben sich natürlich, ihrer gan-  
zen politischen Schätzung gemäß, der U. S. P. D. bedingungslos  
unterworfen. Sie exerzieren, schleichen, üben sich im Handgranaten-  
werfen und stehen stramm vor jedem Vorgesetzten der U. S. P. D.  
aus aller Anhänglichkeit zu dieser Partei, mit der sie ja schon  
immer ein Herz und eine Seele waren. Das „Berliner Tage-  
blatt“ verlangt von uns ernsthaft, wir sollten uns zu dieser Nach-  
richt äußern. Das ist wirklich ein bißchen zu viel verlangt. Ein-  
weilen hat es ja die Befriedigung, daß von zuständiger Stelle die  
Angaben im wesentlichen als „zutreffend“ bezeichnet werden. Das  
weitere wird der Genosse „Otto“ besorgen, der von uns telegra-  
phisch aus Hamburg zurückberufen worden ist, damit er persönlich  
die Redaktion des „Berliner Tageblattes“ informieren kann.

Die von der reaktionären Presse gebrachte Nachricht, daß in  
Kreseld zwischen Ententeoffizieren und Vertretern der U. S.  
P. D. ein Vertrag abgeschlossen worden wäre, der die Aus-  
lösung der Räterepublik unter französischem Protektorat  
vorbe, wird jetzt von der Regierung als Schwindel gekenn-  
zeichnet. Diese amtliche Abfuhr wird die Kapporgane nur er-  
muntern, mit einem neuen, weit größeren Schwindel aufzumar-  
schen. Die Winkertongesellschaft, jenes Verwandlungs-  
produkt der Antisozialwissenschaftlichen Vereinigung, hat noch eine Un-  
masse Geheimberichte auf Vorrat lagern, die abgesetzt werden  
müssen, wenn keine Geschäftskodung eintreten soll.

## Ungarn im Zeichen des Boykotts

Aus Wien wird uns geschrieben: Die ungarische Regierung  
von Simonji-Semadam ist unter den Schlägen des Boy-  
kotts, unter dem Druck der Vorbereitungen der Militärdiktatur  
der Terroristen und infolge des Ergebnisses der Wahlen in den  
von den Rumänen erst jetzt geräumten Gebieten zurückgetreten.  
Diese Regierung war monarchistisch, woglich aber keinen  
König zu wählen; sie wollte die Arbeiterschaft weiter niederhalten,  
hatte aber vor den dazu einzig tauglichen Methoden der Terror-  
isten Angst; sie hätte gern den Boykott abgewendet, aber was  
ihre Erlaubnis sei, über das fragte sie vorher bei Ivan Hessa an.  
Das war der Grund, warum die Verhandlungen mit dem inter-  
nationalen Gewerkschaftsbund zu keinem Ergebnis geführt haben  
und später sogar abgelehnt wurden. Diese Regierung war der  
Gefangene der Terroristen.

Nun soll unter dem Vorhitz des Grafen Bethlen eine neue  
Regierung gebildet werden, in welcher die Politiker der alten  
Schule das große Wort führen sollen. Die Bildung der Regierung  
vollzog sich unter dem Druck des Boykotts und unter den sieber-  
haften Vorderstellungen eines Militärputsches. Bethlen war der  
vertrauteste politische Freund des Grafen Tisza, das sagt genug  
über seine politische Stellung. Die eigentliche Aufgabe, die sich  
diese Regierung stellt, ist die: wie kann die Konterrevolu-  
tion bei der Aufrechterhaltung aller ihrer „Errungenschaften“  
in zivilisierte und weniger anjähigere Formen über-  
geleitet werden, die Terroristen beibehalten, aber ihre Wirk-  
samkeit reglementiert werden? Während die abgetretene Regie-

rung mehr die Kleinbürgerlichen und bäuerlichen Kreise netzt,  
rückt in der neuen die Aristokratie und hinter den Kulissen die  
Großbourgeoisie in ihre frühere beherrschende Stellung.

Die Nationalversammlung ist die Trägerin einer sich zivilisier-  
teren Formen beschließenden Konterrevolution, die Offiziere sind  
die Träger des weißen Terrors in seiner ursprünglichen Form,  
die Regierung und Nationalversammlung sind für das Hängen  
oder Einfernen nach einer Gerichtsform, die Offiziere für den  
Mord ohne diesen Umweg. Beide Parteien machen große Anstren-  
gungen Horthy zu sich hinüberzuziehen, mit welchem Erfolg,  
steht noch dahin. Es ist aber klar, daß ohne die Entwaffnung  
der Offiziersarmee keine wesentliche Tendenz in den  
Machtverhältnissen eintreten kann, und für den Endeffekt ist es von  
seiner wesentlichen Wirkung, ob der sogenannte geführgemäße Rich-  
ter die Volkskommissare an den Galgen bringt oder Ivan Hessa  
sie in die Donau versenkt. Und solange diese Offiziersarmee von  
20 000 bestreiten und gefiederten Mördern, in welcher Offiziere  
von Kotschal und Lütwich, hasburgische Monarchisten und  
die Leute der Hohenzollern die internationalen monarchistischen  
Gegentendenz symbolisieren, bestanden ist, gibt es keine andere  
Wahl. Die Entwaffnung dieser Armee kann niemals durch Regie-  
rungsprogramme oder Beschlüsse der Nationalversammlung be-  
werkstelligt werden, dazu kann nur eine neue Revolution, die  
Intervention der Ententestaaten oder das Vordringen der Sowjet-  
armee die Handhabe bieten. Die verhältnismäßig kurze Dauer des  
Boykotts hat schon höher die Wirkung gehabt, die Gegenläufe zu  
verhärten die Entschlossenheit zu beschleunigen, die Unaufrichtigkeit  
der bäuerlichen Kreise, die von ihren Abschlämmlingen abgeschnitten  
wurden, zu vernichten und die Entmutigung der revolutionären  
und terrorfeindlichen gesellschaftlichen Kreise zu beheben.

## Kabinettsbildung in Ungarn

I. U. Budapest, 19. Juli.

Die Kabinettsbildung Telesky ist bis zur Zusammenstellung  
der Ministerliste geblieben. Sie enthält — abgesehen von einigen  
durch persönliche Ambitionen veranlaßte Reserververbindungen —  
die gleichen Namen wie die bisherige Regierung und vertritt  
dennoch auch dieselben Grundsätze, so daß ein längerer  
Bestand des Kabinetts zu erwarten ist.

## Internationale Solidarität

### Zum Boykott gegen das weiße Ungarn

Einige Eisenbahnzüge mit Gemüse und Obst aus Ungarn,  
die nach Deutschland bestimmt waren, sind vom Wiener Ar-  
beitererrat in Wien angehalten worden. Der Arbeiter-  
errat verweigert die Freigabe der Transporte zur Weiterführung  
nach Deutschland. Er handelt damit im Sinne des Boykott-  
beschlusses des Internationalen Gewerkschaftsbundes gegen  
Horthy-Ungarn und erfüllt nur die Pflicht, die ihm die inter-  
nationale Klassen солидарität des Proletariats auferlegt hat. Der  
Arbeitererrat von Wien steht auf Bozposten gegen den be-  
kämpften Feind und des internationale Proletariat hat ihm  
dankbar zu sein, für die feste Haltung, die er in diesem  
Falle zeigt.

Die bürgerliche Presse, die über den Vorfall berichtet, versucht  
den Sachverhalt so darzustellen, als handle es sich hier um einen  
Akt der Eifersucht und des Jutternreides der Wiener Arbeit-  
erschaft, die es dem deutschen Proletariat nicht gönnen möchte,  
daß es ungarisches Obst bekommt, während die Wiener Märkte natür-  
lich von den Zufuhren aus Ungarn freibleiben. Gegen eine  
solche Auffassung wird das deutsche Proletariat  
sich einmütig wenden. Es wird gern auf ungarisches Obst  
und Gemüse verzichten.

Auch der deutschen Regierung möchten wir das zu verstehen  
geben. Sie handelt nicht im Interesse und nach dem Willen  
der großen Masse des konsumierenden Publikums in Deutsch-  
land, der Arbeiter, Angestellten und Beamten, wenn sie auf diplo-  
matischem Wege bei der Regierung Deutschösterreichs gegen die  
Behinderung des Weitertransports Einspruch erhebt. Die Ar-  
beiterklasse wünscht, daß die Regierung mit ihr die Haltung des  
Wiener Arbeiterrates billigt, denn sie hat ein starkes Inter-  
esse daran, daß durch den Boykott gegen Horthy-Ungarn die  
denkbar stärkste Wirkung ausgeübt wird, und dieses  
Interesse ist stärker als das Bedürfnis nach Gemüse und Obst aus  
Ungarn. Die deutsche Arbeiterschaft fordert, daß sein Wille bei  
den diplomatischen Erwägungen der Regierung Beachtung findet  
und bittet es sich, daß aus dem Vorfall ein „Zwischenfall“ mit  
Deutsch-Österreich konstruiert wird.

## Kommunistische Wahrheitsliebe

Wie unzuverlässig die Informationen sind, die die deutschen  
Kommunisten den ausländischen Genossen geben, zeigen die Dar-  
stellungen der russischen Kommunisten über die Haltung der  
U. S. P. D. Wider besseres Wissen wird dem ausländischen  
Proletariat ein wahres Zerrbild von der U. S. P. D. vorgehalten,  
nur um auf diese Weise zur Geltung zu kommen und das Ansehen  
zu erlangen, das sich die Kommunisten aus eigener Kraft nicht  
erobern können. Ein solcher Fall von Verdrehung und wahrheits-  
widriger Darstellung ist neuerdings aus dem Baseler „Vorwärts“  
erkennlich. In der Nummer vom 14. Juli befindet sich ein Bericht  
über die deutsche Wirtschaftskrise, dessen Verfasser ein deutlicher  
Kommunist ist. Der Mann schreibt über die Bewegung, die  
der Steuerabzug vom Lohn und die Lebensmittelsteuerung aus-  
gelöst hat. Nach Schilderung der tatsächlichen Vorgänge heißt es  
dann über die Haltung der U. S. P. D.:

„Die Unabhängigen wissen in dieser Situation den Arbeitern  
keinen Rat. Sie warnen sie vor Einzelaktionen, die  
das Uebel nicht wenden können und nur der Reaktion den er-  
wünschten Vorwand zum Ausschlagen geben, aber sie geben  
ihnen keine positive Parole. Höchstens sagen sie, daß  
die Gemeinden den Arbeitern beistehen müssen, eine voll-  
kommen ungenügende Lösung, da eine dauernde Verbilligung  
der Lebensmittel durch die Gemeinden nur durch neuen Ansturm  
der Steuerlasten oder durch den Ruin der Gemeindefinanzen  
erlaubt werden, also letzten Endes durch vermehrte Aus-  
beutung.“

Die Kommunisten in Deutschland kennen die Stellung der  
U. S. P. D. zu diesen Fragen ganz genau. Sie wissen aus un-  
serer Presse und aus den Erklärungen und Reden der parlamen-  
tarischen Vertreter, daß die U. S. P. D. die Kontrolle über die land-  
wirtschaftlichen Produkte und die Ueberführung des Großhand-  
els in Gemeindefiskus fordert. Trotzdem versuchen sie die  
Diskreditierung der U. S. P. D. im Auslande durch wissenschaft-  
lich falsche Berichterstattung. Diese Kampfweise richtet sich vor  
selbst. Ueberflüssig zu sagen, daß in dem erwähnten Aufsatz die  
K. P. D. als alleinige Retterin des Proletariats gepriesen  
wird. Aber wie sieht diese „Rettung“ aus! Das Ausland, vor  
allem die Schweiz, sollte nachgerade wissen, daß die K. P. D. bis-  
her lediglich Berührung angerichtet und damit den Kampf  
des Proletariats zur Erringung positiver Erfolge in jeder Weise  
gehemmt hat.

Die Umformung der oberösterreichischen Sicherheitspolizei. Wd  
von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, soll die Umformung der  
Sicherheitspolizei in Oberösterreich in eine einheitlich nur aus  
gebürtigen Oberösterreichern zusammengesetzte Polizeitruppe bereits  
am 25. Juli beginnen.

# Auslegungen

In den Reihen der Deutschen Volkspartei ist man mit dem Ergebnis der Beratung von Spaa nicht sehr zufrieden. Die Kritik, die an ihr geübt wird, hält sich vorläufig noch in mäßigen Grenzen; man sieht sich in die Zeiten der Fraktion Drehscheibe zurückgesetzt, der Vorgängerin der Deutschen Volkspartei, wenn man liest, wie deren Organe zwischen ihrem Sinn und ihrem Simons hin und her pendeln. So schreibt die parteiamtliche „National-liberale Korrespondenz“ in dem bekannten Einerleits-andererseits-Stil:

Vor der Hand läßt sich noch nicht erkennen, in welcher Weise unsere Delegierten zwischen den politischen Momenten und den sachverständigen Gutachten den Ausgleich getroffen haben, der sie zur Unterfertigung veranlaßte. An und für sich scheint uns das vorliegende Ergebnis unerträglich zu sein. Ein endgültiges Urteil darüber, ob auf dem Boden des Kohlenabkommens die deutsche Industrie und Volkswirtschaft in ihrem Weiterbestehen gesichert sind, wird erst gefällt werden können, wenn sich Dr. Simons im Reichstagsausgang für Auswärtige Angelegenheiten geäußert haben wird und wenn seitens der an der Konferenz in Spaa beteiligten Mitglieder der Deutschen Volkspartei über den Gang der Verhandlungen ausführliche Berichte vorliegen. Dr. Simons hat in außerordentlich schweren Stunden das Deutsche Reich in Spaa vor brutalen und rücksichtslosen Partnern geschickt und mit Würde veritretet; seine sachlich korrekte und national bewusste Verhandlungsweise, die auch in seinem Schlusswort noch einmal deutlich zum Ausdruck gekommen ist, erhebt diese Verhandlungen weit über das Niveau der Parteistillschließungsverhandlungen und schließt in diesem Punkte mit einem bedauernden moralischen Plus für Deutschland ab.

In der volksparteilichen Provinzpresse wird dagegen verlangt, daß die Fraktion der Deutschen Volkspartei zu den Entscheidungen der deutschen Delegation in Spaa Stellung nehmen solle, und es wird dabei in Aussicht gestellt, daß sie die Stellungnahme des Herrn Stinnes billigen würde. Ein Konflikt oder gar eine Regierungskrise wird sich allerdings kaum daraus entwickeln, es ist vielmehr anzunehmen, daß die volksparteilichen Parteinstanzen, die nach der Einberufung des Reichstages zusammentreten wollen, mit einigen nationalen Verkaufsjulien sich mit dem Ergebnis von Spaa zufrieden geben werden.

Inzwischen bemüht sich Herr Dr. Simons der Öffentlichkeit klar zu machen, daß die Durchführung der neuen Vereinbarungen zwar sehr schwer, physisch aber nicht unmöglich sei. Herr Viktor Hahn vom „8 Uhr-Abendblatt“, der ihn gestern ausfragte, erklärte er, daß die Entwaffnung innerhalb sechs Monaten eher möglich sei, als in drei Tagen, die Herr Dr. Simons verschweigt dabei nur die Tatsache, daß die deutsche Regierung bisher schon nicht „drei Tage“, sondern sehr viele Monate Zeit dazu hatte, die Abrüstungsbestimmungen des Friedensvertrages durchzuführen; hoffentlich sorgt er jetzt dafür, daß wir in sechs Monaten mit der Entwaffnung endlich soweit sind, wie wir schon längst hätten sein sollen. Bei der Kohlenlieferung werde sich manches ermöglichen lassen, um die Förderung zu verstärken. Wir müßten aber auch unausgesetzt darauf arbeiten, um eine Basis zur Schaffung einer anderen Lösung zu finden. Herr Simons fuhr fort:

Wir müssen mit ganz neuen Programmen an die Gegenseite herantreten; sonst kann es immerhin geschehen, daß die Entwaffnung doch noch mit dem Bürgerkrieg und die derzeitige Lösung der Kohlenfrage mit einer Besetzung des Ruhrreviers endigt. Die Entwaffnungsfrage scheint mir übrigens noch schwieriger, noch heikler als die Kohlenfrage zu sein. Wir dürfen nicht übersehen, daß ganz ungeheure Mengen von Waffen in unbenutzten, und ganz gewiß nicht ungefährlichen Händen sich befinden.

Schon in der amtlichen Erklärung über die Ergebnisse von Spaa, die Sonntag früh veröffentlicht worden ist, hieß es, daß die militärische Entscheidung die Möglichkeit lasse, „die Ruhe im Industriegebiet der sogenannten neutralen Zone nötigenfalls durch die militärischen Machtmittel aufrechtzuerhalten“. Sollen diese Äußerungen bedeuten, daß die Regierung die Kohlenförderung zangsweise fördern und das Streben der Bergarbeiter nach der Beseitigung der kapitalistischen Ausbeutung ihrer Arbeitskraft mit Waffengewalt unterdrücken will? So hat die deutsche Arbeiterschaft aber nicht gewettet. Wenn eine Steigerung der Kohlenförderung erreicht werden soll, so ist die Vorbedingung dazu, daß die Bergwerksindustrie sofort der kapitalistischen Profitgier entrisst und mit der Sozialisierung des Wirtschaftslebens beim Bergbau der Anfang gemacht wird. Aber gerade über diesen Punkt, der für die Ausführung der Vereinbarungen über die Kohlenfrage die größte Bedeutung hat, schweigt sich Herr Dr. Simons aus. Wir verlangen, daß die Regierung endlich ihre Drohungen gegen die Bergarbeiter, mit denen sich das ganze Proletariat einig fühlt, unterläßt und die Sozialisierung des Bergbaus, die schon längst dafür reif ist, sofort und mit dem größtmöglichen Nachdruck in Angriff nimmt! Oder beabsichtigt sie, mit der Sabotierung dieser Forderung die ganze Arbeiterklasse herauszufordern?

Herr Dr. Simons hat dann weiter die Hoffnung ausgeprochen, daß die Konferenz von Genf besser vorbereitet werde, als die Konferenz von Spaa. Der Friedensvertrag werde sichtbar ernst genommen, und damit müßten wir rechnen. Auf die Frage, ob sich nicht jetzt die Rechtssozialisten zur positiven Mitarbeit bereiterklären und in die Regierung eintreten würden, antwortete der Minister: „Es ist dies eine Frage, die den Reichstagspräsidenten und den Reichsminister des Innern eher angeht, als mich, der ich Minister des Aeußeren bin. Ich möchte nicht gern die Grenzen meines Ressors überschreiten. Aber ich kann wohl sagen, daß es bei Neubildung des Kabinetts von vornherein jedem vernünftigen Menschen klar sein müßte, daß die Mehrheitssozialisten sozusagen eine Atempause notwendig hätten. Die neugebildete Regierung müßte sich damit begnügen, die Gewichte zu haben, von denen der Mehrheitssozialisten kein Abtraten vorzuziehen. Aber ich darf doch im übrigen sagen, daß ich auf die Dauer ein Fernbleiben der Mehrheitssozialisten von der Regierung als eine Fällung der öffentlichen Zustände Deutschlands betrachten würde.“

Mit dieser Auffassung hat Herr Dr. Simons nicht so ganz unrecht. Die Politik der jetzigen Regierung unterschied sich bisher in nichts von der Politik, die die Koalitionsregierung getrieben hat. Es ist deshalb nicht recht einzusehen, weshalb die Rechtssozialisten noch länger im Schmollwinkel stehenbleiben wollen.

## Friede mit Rußland

Die Bedingungen, unter denen England bereit ist, mit Rußland in Verhandlungen zu treten, sind bekannt geworden. Sie bedeuten in mancher Beziehung einen Erfolg Sowjetrußlands, insofern es nicht mehr einseitige Leistungen von Rußland verlangt werden, sondern Leistung und Gegenleistung einander gegenübergestellt sind. Wenn die Meldungen der deutschen Zeitungen zutreffen, daß

den ausländischen Fabrikbesitzern ihre Unternehmen zurückgegeben werden sollen in Form von Konzessionen auf 60 bis 100 Jahre, daß die dort beschäftigten Arbeiter vom Staat bezahlt werden und dafür die Hälfte des Verdienstes an den russischen Staat fallen soll, so ist damit vielleicht eine Lösung des schwierigen Problems gefunden, wie kapitalistischen Betrieben im sozialistischen Staat eine Existenzmöglichkeit gesichert werden kann, ohne die sozialistische Wirtschaft zu gefährden. Immerhin bleibt es eine starke Konzession, zu der sich Sowjetrußland versteht und ein großes Opfer im Interesse der Herbeiführung eines wirklichen Friedens.

Man darf sich freuen, daß die Grundlagen des Friedens anscheinend geschaffen sind, aber es ist gut, nicht allzu optimistisch zu sein. Es sind noch viele Klippen vorhanden, an denen der Friede scheitern kann. „Daily Herald“ warnt ebenfalls vor Vertrauensseligkeit. Er erinnert daran, wie die britische Regierung schon mehrfach versprochen habe, freundliche Beziehungen mit Rußland anzuknüpfen, wie aber der Einfluß Churchills und anderer letzten Endes doch stärker gewesen sei. Lloyd George werde Frieden nur dann schließen, wenn er anfangs, die Folgen des Krieges zu fürchten.

Das ist jetzt geschehen. Die Regierung beginnt nachzugeben, weil sie Angst hat, weiter zu gehen. Die roten Armeen, die heroische Ausdauer der russischen Arbeiter, die steigende Erbitterung der britischen Arbeiterschaft haben in dem Premierminister diejenige Furcht hervorgerufen, die für Männer seines Schlages der einzige Anfang zur Klugheit sind.

Es ist ein Augenblick der Freude, aber es ist kein Zeitpunkt zum Nachlassen unserer Anstrengungen. Friede ist in Sicht, aber er ist noch nicht gemacht. Und Lloyd George ist noch jetzt imstande, in die Arme Churchills zurückzufallen, die Verhandlungen zu sabotieren und wieder einen Schlag für einen militärischen Sieg auszuführen. Er kann das tun, obwohl er Angst davor hat, es zu tun. Und es ist die Pflicht der britischen Arbeiterschaft, ihm zu zeigen, daß das Abbrechen der

## Parteigenossen!

In der Zeit der sozialen Revolution ist die sozialistische Presse das wichtigste Kampfmittel des Proletariats. An ihrem Ausbau mitzuarbeiten ist Pflicht jedes revolutionären Sozialisten.

Nur die kleine Summe von zwanzig Mark fordern wir von Euch. Aus diesen Zahlungen sollen die Summen erwachsen, die zum Ausbau unseres eigenen Unternehmens notwendig sind.

Euer Geld ist absolut sicher!

Zeigt, daß Ihr das Vertrauen zu Eurer Zeitung besitzt!  
**Erwerbt die Mitgliedschaft und zeichnet Anteilscheine der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“.**

## Arbeitskämpfe

### Golpa und Mitteldeutschland

Die von mehreren bürgerlichen Blättern wiederholt verbreitete Mitteilung, daß der Streik in Golpa abgebrochen sei, ist irreführend. Auch in der gestrigen Abendpresse tauchte diese Behauptung wieder auf. Wir hegen sogar den Verdacht, als werde sie gestiftet von bestimmter Stelle aus verbreitet; die merkwürdige Wiederholung der falschen Meldung gibt uns Anlaß zu solcher Vermutung. Vielleicht verfolgt man damit den Zweck, die von dem Streik in Golpa und Gornemühl in starke Mitteldeutschland gezogene Berliner Arbeiterschaft durch betrieblige Ausstellungen verwirrt zu machen.

Die Belegschaft der Grube Golpa hat nach Kenntnisnahme von den Ergebnissen der Verhandlungen in Bitterfeld erklärt, daß sie weitere Sonderverhandlungen zunächst nicht wünsche und daß sie sich über Annahme oder Ablehnung der zugestandenen Bedingungen und über Abbruch oder Weiterführung des Streiks erst entscheiden werde, wenn ein günstiges Ergebnis der in Halle geführten Verhandlungen zwischen den Vertretern der Grubenarbeiter ganz Mitteldeutschlands und einem Vertreter des Reichsarbeitsministeriums erzielt sein wird. Diese Verhandlungen schweben noch. Die Arbeiter in Golpa lehnen es aber ab, aus der Streikfront der mitteldeutschen Arbeiterschaft herauszutreten, bevor nicht ein Gesamtresultat für alle im Streik befindlichen Gruppen vorliegt.

Das Reichsarbeitsministerium dagegen ist bestrebt, die Bewegung auf der Golpaer Grube aus dem Komplex der gesamten mitteldeutschen Streikbewegung zu lösen, anscheinend um auf solche Art den durch den Golpaer Streik auf der Reichshauptstadt lastenden Druck zu mildern und somit die Gesamtsituation der mitteldeutschen Arbeiter zu schwächen. Die Taktik der Arbeiter in Golpa verfolgt den Zweck, diesen Plan zu durchkreuzen.

Der Streik in Golpa und Gornemühl hat zahlreiche Berliner Betriebe ganz oder teilweise stillgelegt und damit viele Berliner Arbeiter vorübergehend brotlos gemacht. Solange indes die Arbeiter in Mitteldeutschland die gekennzeichnete Taktik für notwendig halten zur Durchsetzung ihres gemeinsamen Interesses, hat auch die Berliner Arbeiterschaft diesen Nachteil auf sich zu nehmen und Solidarität zu üben. Wir sind überzeugt, daß bei den Berliner Arbeitern darüber kein Zweifel besteht, und daß auch irreführende Pressemeldungen an ihrem festen Willen, mit den mitteldeutschen Arbeitsbrüdern auszuhalten, nichts ändern können.

### Bevorstehender Streik im Hamburger Baugewerbe

T. U. Hamburg, 19. Juli.

Eine Arbeitseinstellung im Baugewerbe steht in Hamburg bevor. In der Versammlung der dem Deutschen Bauarbeiterverbande angehörenden Erdbauarbeiter teilte der Vorsitzende mit, daß die Arbeitgeber den Schiedspruch,

der den Arbeitern einen Stundenlohn von 6,10 M. zusprach, abgelehnt hätten. Nach einer sehr lebhaften Auseinandersetzung über die Verharmlosung, daß sie unbedingt an ihrer Forderung festhalten müsse und bei Ablehnung in den Streik treten werde.

## Genosse Dr. Siemsen lungenkrank

Der zu sechs Monaten Gefängnis verurteilte und wegen „Machtverdachts“ verhaftete Genosse Dr. Siemsen-Essen mußte aus der Haft entlassen werden, weil der Spezialarzt ein schweres Lungenleiden bei ihm festgestellt hat. Ein Zeichen dafür, wie „begründet“ der vom Gericht angenommene „Machtverdacht“ war.

Wie rücksichtslos ist man dagegen verfahren gegenüber dem Herrn Grafen Erico-Ballen, dem Mörder Eisners, dessen Verfahren ewigstens verzögert wurde, weil der Herr sich leidend fühlte. Wie vorsichtig geht man um mit Herrn von Kessel gegen den eine Anklage auf Weineid schwand, aber die nicht verhandelt werden kann, weil Herr von Kessel eine „langwierige“ Grippe hat, die sich nur vorübergehend während der Kappzeit, die dem Herrn wie eine Badekur bekommen ist, besserte, so daß er plötzlich Kraft genug bekam, um Vertrauensleute der Arbeiter zu drangsalieren. Der Zusammenbruch der kapitalistischen Epoche vernichtete auch Kessels Gesundheit wieder, so daß ihm bis heute noch nicht der Prozeß gemacht werden kann.

O — es ist ein herrlich Ding, diese republikanische Justiz als Hüterin der demokratischen Staatsraison, als Wächlerin der Bürger- und Menschenrechte!

## Sabotage der Milchproduktion

Im Saargebiet haben die Behörden für Milch einen Erzeuger-Höchstpreis von 2,25 M. pro Liter festgelegt. Das hat eine landwirtschaftliche Organisation, die „Freie Bauernschaft“, auf den Plan gerufen. Diese hat 2,50 M. pro Liter verlangt und erklärt nun, nachdem ihre Forderung abgelehnt worden ist, einen Aufruf an die Bauern, in dem es heißt:

„Milchverzeugung einschränken! Grünfütter zu Hau machen, das Heu verkaufen! Kein Kraftfutter kaufen! Vorhandenes Kraftfutter nicht an die Milchläche verfüttern! Bereitet euch vor, euren Betrieb umzustellen, d. h. bereitet euch vor, die Milchläche allmählich abzuschaffen und an deren Stelle Rinder usw. zu halten und Futter zu verkaufen. Geht dem Vieh Stroh zu streuen und die Milch wieder zu kaufen, dann könnt ihr euer Grünfütter ganz sparen!“

Milchverbrauch im eigenen Haushalt vergrößern. Milch und Karioffeln sollen unsere Hauptnahrungsmittel sein. Ranzig, trinkt Milch zu euren Karioffeln! Sauern, macht Käse und eht Käsejähre zu euren Karioffeln. Käsejähre aus Vollmilch schmeckt besser als aus Halbmilch. Macht Handläse. Abends ein Käsebrot nach der Karioffelsuppe schmeckt gut, noch besser, wenn der Handläse aus Vollmilch gemacht ist!

Die Agrarier bleiben sich überall gleich, in Oden wie im Westen des Reichs. Raubbau treiben sie durch Milchstecks das Leben zehntausender von Großstadtläuglingen, wenn ihnen die Preise nicht hoch genug scheinen. Sie können ihre Profitgier hemmungslos ausleben lassen, da sich bisher noch keine Behörde gefunden hat, die der agrarischen Lebensmittelsabotage auch nur mit einem ernsthaften Versuche zur Abwehr entgegengetreten wäre.

## Klärt die Landbevölkerung auf!

Der Frage der Landagitation wird leider von weiten Kreisen der Parteigenossen nicht das genügende Interesse entgegengebracht. Dabei ist sie überaus wichtig. Die Industriearbeiter brauchen das Land, wenn sie den Sozialismus erreichen wollen. Wir können nicht sozialisieren, wenn wir nicht die Nahrungsquellen in der Hand haben. Und die besitzen wir, wenn die arbeitende Landbevölkerung zu uns geht. Es gilt, sie über unser Ziel aufzuklären. Die Situation ist überaus günstig, denn auch die Landarbeiter, die Kleinbauern leiden schwer unter den unerträglichen Zuständen.

Die Unabhängige Sozialdemokratie gibt für die Zwecke der Agitation auf dem Lande den „Landboten“ heraus, der monatlich zweimal achtfach erscheint. Er muß die weiteste Verbreitung auf dem Lande finden. Daran können sich auch die bäuerlichen Arbeiter beteiligen. Viele haben Verwandte auf dem Lande, die sie besuchen und mit denen sie im schriftlichen Verkehr stehen. Fahren die Genossen an den Sonntagen aufs Land oder schreiben an ihre Verwandten auf dem Lande, so sollten sie ihnen den „Landboten“ mitnehmen oder mitbringen. Er kostet nur 20 Pfennige und ist durch die Parteisekretariate oder direkt durch die Expedition, Leipzig, Tauschaer Straße 19/21, zu beziehen. Das kleine Opfer kann jeder Parteigenosse bringen. Er leistet dadurch der Partei große Dienste. Je schneller wir die Landbevölkerung aufklären, desto eher kommen wir zum Sozialismus. Gerade die jetzt erscheinenden Nummern des „Landboten“ eignen sich vorzüglich zur Agitation.

Also hinein in die Landagitation!

## Aus der Partei

### Zur Beschuldigung gegen Wendelin Thomas

Vom Vorstand der Reichstagsfraktion der U. S. P. D. wird uns mitgeteilt, daß in der am Sonntag erwähnten Angelegenheit des Genossen Wendelin Thomas bereits während der Sitzung des Reichstags eine Untersuchung eingeleitet wurde, die noch nicht zum Abschluß gekommen ist.

Ergebnis der Kommunalwahlen in Saarländern. Bei den Kommunalwahlen in Saarbrücken, das 129.000 Einwohner hat, und infolge des eigentümlichen Wahlsystems, bei dem jeder Wähler 60 Stimmen hatte, 2.140.749 gültige Stimmen abgegeben wurden. Es haben erhalten: Deutschnationale 51.173; Sammlungsblock (Demokratische Volkspartei) 674.318; Zentrum 663.185; Rechtssozialisten 493.808; Unabhängige 374.091; Wirtschaftl. Vereinigung der Saarländer (Franzosenfreundliche Partei) 21.208 Stimmen. Es entfallen demnach an Seiten auf Deutschnationale 1, Sammlungsblock 16, Zentrum 19, Rechtssozialisten 14, Unabhängige 10, Wirtschaftl. Vereinigung 6. Angefähr 5000 Personen mit 300.000 Stimmen haben nicht gewählt.

Generallstreik im nordböhmischen Industriegebiet. In der Stadt und im Bezirk Reichenberg ist, wie bereits angeführt, der Generallstreik proklamiert worden. Nur die Lebensmittelgeschäfte sind geöffnet. Die elektrische Straßenbahn hat den Verkehr eingestellt. Die Eisenbahnen werden heute vormittag darüber beschließen, ob sie sich dem Generallstreik anschließen sollen. Die Arbeiterschaft hat verschiedene Forderungen aufgestellt, darunter die auf Entsendung von Vertretern der verlassenen Ministerien zu Verhandlungen mit der Arbeiterschaft über die Ernährungsfragen.



Verbandstag der Fabrikarbeiter

Hannover, 16. Juli.

In der Nachmittags-Sitzung versuchte Strubins von der Arbeitsgemeinschaft die Ausführungen von Reihholz, Frankfurt a. M. abzuwehren. Ein Diskurs in den deutschen Betrieben würde an dem Widerstand der Kopfarbeiter scheitern. Schaner, Altona, weist auf das Streben eines Teiles der Arbeitsgemeinschaft hin, der unter dem Motto „Wiederaufbau des Wirtschaftslebens“ an der Befreiung des 8-Stundentages arbeite.

Nachdem Sengley (Vorstandsmitglied) ebenfalls Reihholz entgegengetreten war, erklärte der Verbandsvorsitzende Frey, die Arbeitsgemeinschaften würden keine Stärkung des Kapitalismus bedeuten.

Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen wurde ein Antrag auf Aufgabe der gemeinsamen Arbeit mit den Christlichen Gewerkschaften im Rheinland, trotzdem sich Frey gegen den Antrag gewandt hatte, angenommen. In namentlicher Abstimmung wurde die Resolution Reihholz, die sich gegen die Arbeitsgemeinschaften ausspricht, gegen 163 Stimmen abgelehnt.

Hannover, 17. Juli.

Nach Beendigung der Debatte über die Statutenänderungen wurde beschlossen, daß die neuen Statuten zum 1. Oktober in Kraft treten sollen.

Für die Internationale und Sowjet-Rußland! Gegen Sorghy-Ingarn!

Eine Resolution des Genossen Sachs-Braunschweig wurde einer Revision unterzogen, wurde den Delegierten dann als Resolution Frey vorgelegt und fand einstimmige Annahme. Sie lautet:

Der 12. ordentliche Verbandstag der Fabrikarbeiter Deutschlands entbietet seinen Bruderorganisationen und der organisierten Arbeiterklasse brüderliche Grüße.

Mit der organisierten Arbeiterklasse der Welt erstrebt er die Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln des Kapitalismus. Diese Befreiung kann nur in einer vollkommenen und dauernden nur durch das Zusammenwirken der organisierten internationalen Arbeiterklasse geschehen.

Die Befreiung der Arbeiterklasse aus den Banden des Kapitalismus führt zur Völkerverbrüderung und Völkerverständigung und zur endgültigen Niederwerfung des Krieges.

Der Verbandstag entbietet dem um die Bewirklichung des Sozialismus in Rußland und in der Ukraine kämpfenden Proleten brüderliche Grüße; er verurteilt jedes militärische Eingreifen, ebenso die gegen Rußland gerichtete Wirtschaftspolitik, ebenso die gegen Rußland gerichtete Wirtschaftspolitik, ebenso die gegen Rußland gerichtete Wirtschaftspolitik, ebenso die gegen Rußland gerichtete Wirtschaftspolitik.

Der Verbandstag verurteilt den brutalen Kampf, den das Magazentum und die Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse in Ungarn führt; er erwartet, daß der vom Internationalen Gewerkschaftsbund gegen Ungarn verhängte Boykott vom Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes aufs wirksamste gefördert und durchgeführt wird.

Ein Entwurf über den Ausbau der Unterstützungen für die Berufsangehörigen fand die Zustimmung des Verbandstages.

Für Reform der sozialen Gesetzgebung.

Zu den brennenden sozialen Fragen nimmt folgende beschlossene Resolution Stellung:

Die Unterstützung arbeitsloser und kranker Arbeiter war bisher Aufgabe der gewerkschaftlichen Organisationen, weil die gesetzliche Krankenunterstützung nicht ausreichte und Arbeitslosenunterstützung bis zum Kriegsende ganz fehlte. Dieser Zustand befriedigt die Gewerkschaften nicht, weil die Sozialversicherungsaufgabe ist. Bis zum befristenden Ausbau der sozialen Gesetzgebung müssen die Gewerkschaften diese Unterstützung selbst übernehmen.

Der Fabrikarbeiterverband Deutschlands beauftragt deshalb den Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, bei den zuständigen Reichsbehörden mit allem Nachdruck auf baldige Reform der sozialen Gesetzgebung hinzuwirken, daß die Arbeitslosen- und Krankenunterstützung in ausreichender Höhe zur Auszahlung gelangt und die bis dahin von den Gewerkschaften gezahlte Krankenunterstützung nicht aufgerechnet werden darf. Dabei werden die Rentenbezüge der Alters-, Unfall-, Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung ordnungsgemäß erhöht werden, wobei die Herabsetzung der Altersrente für den Bezug der Altersrente vom 66. auf das 60. Lebensjahr in den Vordergrund gerückt werden muß. Der Verband fordert ferner volle Anrechnung geleisteter Militärdienste in der Versicherungsklasse, in welcher der Militärpflichtige vor seiner Einberufung versichert wird, wenn das Gesetz, wie Sie glauben, gerecht ist, so soll es auf alle angewandt werden.

war. Die fortgeschrittene Steigerung der Preise aller Lebensmittel und Bedarfsgegenstände zwingt die Arbeiter zu immer neuen Lohnforderungen. Trotz aller Lohnsteigerungen wird die Lebenshaltung der Arbeiter aber immer weiter herabgesetzt. Besserung kann nur ein Abbau der Lebensmittelpreise und sonstiger Bedarfsgegenstände bringen. Dieser Abbau wird nur erreicht durch einmütiges Zusammengehen der gesamten Arbeiterschaft.

Der Fabrikarbeiterverband beauftragt deshalb den Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes als Spitze der Interessensvertretung der deutschen Arbeiterschaft, bei den maßgebenden Reichsbehörden eindringlich dahin zu wirken, daß die geplanten Preissteigerungen für landwirtschaftliche Produkte durch Prämien an die Erzeuger unter allen Umständen verhindert werden, und daß ein Abbau der Wucherpreise für Lebensmittel und Bedarfsgegenstände herbeigeführt wird und wuchernde Erzeuger, Händler, Schleihändler und Schieber mit der ganzen Sitze der Geleise zur Verantwortung gezogen werden.

Zum Punkte

Vorstandswahlen

gab es wohl erregte Auseinandersetzungen, schließlich wurde aber der alte Vorstand wiedergewählt. Durch Hinzuwahl eines neuen Vorstandsmitgliedes und zweier Sekretäre wurde der Hauptvorstand ergänzt.

Damit hatte der Verbandstag sein Ende erreicht. Der nächste Verbandstag soll in Frankfurt a. M. stattfinden.

Verbandstag der Buch- und Stein-druckerei-Hilfsarbeiter

6. Verhandlungstag.

Als erster Redner erhielt der Vorsitzende des Deutschen Buchdruckerverbandes, Seitz, das Wort. Er schilderte die Entwicklung und das Wesen des Buchdruckerhandels. Durch einen Reichstaxtarif erhielten die Hilfsarbeiter lediglich Verbesserungen. Die Buchdrucker seien bestrebt, für Besserstellung der Hilfsarbeiter ihr Möglichstes zu tun.

Schmid-München vertrat die Ansicht, daß die Gewerkschaften Hand in Hand mit den Betriebsräten arbeiten müßten.

Krumrei-Berlin warnte nach Schilderung der wirtschaftlichen Lage vor Tarifabschlüssen und wies auf die zu verwerfenden Verschlechterungen beim Abschluß eines Reichstaxtarifs hin.

Bucher (S-B.) gab eine Entschärfung bekannt, die sich für zentral abgeschlossene Tarife ausspricht.

Sie wurde gegen 12 Stimmen angenommen.

Gloß-Berlin wies alsdann die Vorwürfe gegen die Stellungnahme der Berliner Kollegen in der Frage des Reichstaxtarifs zurück.

Nach Regelung der Gehaltsfragen wurden die materiellen Punkte der Statuten mit kleinen Kommissionsänderungen angenommen.

Die Wahlen zum Vorstände zeigten folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Bucher, 2. Vorsitzender Hornke, Kassierer Loda, Redakteur Schulze.

Einem Antrage Dresdens entsprechend, soll in Zukunft mehr Agitationsmaterial herausgegeben werden.

Nach Durchberatung verschiedener Anträge wurde die Beschwärde des Redaktionssekretärs des „Vorwärts“, Fuß, wegen seines Ausschlusses durch die Berliner Mitgliedschaft, verhandelt.

Hier kam es zu scharfen Auseinandersetzungen der Berliner Delegierten mit Bucher. Der Verbandstag lehnte jedoch die Beschwerde ab.

7. Verhandlungstag.

Bei der Weiterberatung der Statuten wurde der Berliner Antrag, den Namen des Verbandes in „Verband der graphischen Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen“ angenommen.

Auf welcher Höhe der Verbandstag stand, zeigten die Wahlen der unbefristeten Hauptvorstandsmitglieder. Angeführt ist der Hauptvorstand mit den oppositionellen Berliner Delegierten nicht arbeitsfähig. Die unbefristeten Hauptvorstandsmitglieder sollen daher in Zukunft von Hamburg, Stettin, Magdeburg, Hannover und Frankfurt a. O. gestellt werden.

Ein Antrag der Opposition, den Hauptvorstand von Berlin zu verlegen, wurde abgelehnt. Die ungeheuren Kosten, die durch eine derartige Zusammenlegung dem Verbands erwachsen, wirkten in keiner Beziehung auf die Mehrheit der Delegierten.

Die Hauptsache ist, daß keine Mitglieder der Opposition dem Hauptvorstand in Zukunft mehr auf die Finger klopfen können. Die Mitglieder, die das Geld aufbringen müssen, werden über den teuren, aber dafür studentischen Hauptvorstand, sehr erfreut sein.

Nach Festlegung der Bestimmungen über einen Beirat, der aus nichtangestellten Mitgliedern jedes Ganges bestehen soll, und an dessen Sitzungen der Gewerkschafter nur teilnehmen kann, wenn der Beiratsvorsitzende die Teilnahme für erforderlich hält, wurde beschlossen, daß die Redaktionskommission auch weiterhin von Mitgliedern der Berliner Ortsgruppe gebildet werden soll.

Nach Zuerstberatung der Statutenberatung wurde der Verbandstag durch ein Schlüsselwort Buchers geschlossen.

Gewerkschaftliches

Der Streik der Angestellten in den Lebensmittelgeschäften von Groß-Berlin unvermeidlich

Der Zentralverband der Angestellten schreibt uns:

In den Kolonialwaren, Delikatessen-, Feinkost-, Fisch-, Räuherwaren-, Milch-, Geflügel- und Schokoladengeschäften wird in den nächsten Tagen ein erbitterter Kampf entbrennen. Die Arbeiterschaft Berlin und der Provinz ist hierdurch kurz über den Sachverhalt informiert worden, weil die Geschäftsinhaber und deren Frauen die Arbeiter und Arbeiterinnen systematisch zu täuschen suchen. Am 31. März ist der Tarifvertrag mit den Arbeitgebern abgelaufen. Der Vertreter der Arbeitgeber bei den ersten Verhandlungen, Herr Dr. Köhlerberger, hat es verstanden, dem Zentralverband der Angestellten nachzugeben, die Arbeitgeber beteiligen sich an den Tarifverhandlungen der Arbeitsgemeinschaft im Einzelhandel. Im April 1920 wurde endlich festgestellt, daß die Arbeitgeber der Lebensmittelbranche gesondert verhandeln wollen. Man bot uns einen Stundenlohn von 1,55 M. für Verkäufer an und dieser Lohn sollte erst vom 1. Juni 1920 ab gelten. Dieses unverschämte Angebot führte zum Abbruch der Verhandlungen. Da es sich um lebenswichtige Betriebe handelt, wurde seitens des Zentralverbandes der Angestellten das Reichsarbeitsministerium angezogen. Dieses beantragte den Schlichtungsausschuß Groß-Berlin, ein Schlichtsgericht einzusetzen. Der gestellte Schlichtspruch wurde seitens der Angestellten angenommen, trotzdem auch diese Löhne noch nicht zur Deckung der allerersten Bedarfsartikel ausreichen. Die Arbeitgeber lehnten den Schlichtspruch ab und neue Verhandlungen wurden aufgenommen; auch der Demobilisationskommissar verhandelte mit den Parteien. Trotzdem die Angestellten die Löhne für die niedrigste Gruppe um 25 M. und für die höchste Gruppe um 100 M. reduzierten, wurde das Angebot seitens der Arbeitgeber abgelehnt. Am den Kampf im Interesse der Bevölkerung Groß-Berlins abzuwenden, veranlaßte der Zentralverband der Angestellten am letzten Sonnabend nochmals mit dem Demobilisationskommissar, Herrn Regierungsrat von Hoffmann, zu verhandeln. Die Verhandlungen wurden seitens dieses Herrn abgelehnt. Das Reichsarbeitsministerium, Referent Herr Dr. Weikert, lehnte auch ein Eingreifen ab und erklärte zu unserem Organisationsleiter: „Erfämpfen Sie sich bessere Löhne!“ Hieraus ersehen die Arbeiter, was das Gerüde der Regierungstellen bei lebenswichtigen Betrieben für eine Bedeutung hat. Die Regierungstellen zwingen uns selbst zum Kampf. Diese Regierung trägt die volle Verantwortung. Jetzt bleibt kein anderer Weg für die Angestellten übrig, als in den Streik einzutreten.

Hausfrauen! Ihr könnt uns unerschütterliche Dienste erweisen, indem ihr jetzt schon eure Lieferanten auf die Konsequenzen der Reichsbewilligung der Forderungen aufmerksam macht. Die Angestellten nehmen am Mittwoch abend, 8 Uhr, in den Sophienkaten, zum Streik Stellung.

Lohnbewegung der Konditoren

Die Konditoreilöhner, die Zucker und Mehl, trotz der allgemeinen Not zu Luxuswaren verarbeiten und dafür entsprechende Preise erzielen, weigern sich, ihren Arbeitnehmern angemessene Löhne zu zahlen. Im April haben die Arbeiter Forderungen eingereicht und nun, da ein Schlichtspruch einen Teil dieser Forderungen bewilligt, weigern sich die Unternehmer, entgegen ihrem vorher abgegebenen Versprechen, den Schlichtspruch anzuwenden. In einer Donnerstag abgehaltenen Versammlung wurde nach einem Bericht von Niem beschlossen, die Verhandlung zu beauftragen, die Erfüllung des Schlichtspruches im allen Mitteln herbeizuführen. Sollte dies nicht gelingen, so erklärt die Verbandsleitung die Volkswacht, den bestehenden Tarif zu kündigen und den Streik vorzubereiten, damit zu gegebener Zeit der Kampf mit allen Mitteln und aller Schärfe geführt werden kann. Auch gegen die Versuche der Unternehmer, den Arbeitstag zu befristigen und die Sonntagsarbeit wieder einzuführen, soll die ganze Macht der Organisation angewendet werden.

Die schwere Stunde

Roman

von Victor Panlu

Auf dem Tische sucht er nach seinem einfachen Zelluloid-Porte-Cigares.

„Nein? Sie wollen nicht? Ich werde es mir trotzdem erlauben; Sie gestatten? Wie Sie wissen, waren die Banken früher voll Geld. Ende des Monats kam ein jeder in die Bank, unterschrieb einen Wisa-Papier, erhielt ein Paket Banknoten und ging fort. Niemandem kam es natürlich in den Sinn, sich wegen des Wertes dieser Banknoten den Kopf zu zerbrechen. Ja, ja... gewiß ich weiß. Sie meinen die Goldbarkeit? Aber erstens übersteigen diese Banknoten den Wert gleich Null ist. Was denn das nicht eine schreiende Ungerechtigkeit, um es nicht Raub am helllichten Tage zu nennen? Jetzt will eben das Dekret der Volkskommissare diese krankhafte Erscheinung beseitigen. Wer leben will, der muß arbeiten, das gesamte soziale Leben muß auf dem Austausch der Arbeit und nicht auf dem Kauf derselben begründet sein.“

Einem Augenblick schweigt er nachdenklich, wahrscheinlich um den Eindruck zu sehen, den seine Worte auf mich ausüben und bedenkt, ob er weiter reden sollte, oder ob es genug sei.

„Wenn Sie wollen“, beginnt er wieder mit einem bejaubenden Nicken. „Würde ich, da es ein so seltener Ausnahmefall ist, den Rat der Volkskommissare befragen, vielleicht?“

„Würden Sie eine Ausnahme machen? Meinen Sie das? Nein, ich ziehe vor, daß für mich keine Ausnahme gemacht

wird, wenn das Gesetz, wie Sie glauben, gerecht ist, so soll es auf alle angewandt werden.“

Auf dem langen Rückweg von der Bank nach Hause denke ich über die Worte des jungen Direktors der kommunistischen Bank nach.

Was tut es, daß es nicht seine eigene Idee ist, daß er den Wortlaut höchst wahrscheinlich aus einer gangbaren Broschüre auswendig gelernt hat, und doch hat er recht! Was ist da zu entgegnen? Es stimmt, daß Hunderttausende, Millionen von Menschen, ohne das Geringste zu arbeiten, wie Parasiten, tagtäglich das Blut aus dem Körper von Millionen der Arbeitermassen aussaugen; und was gaben sie ihnen dagegen? Fehlen hundertbelegte Papiere!

Ich beispielsweise, als „berühmter“ Schriftsteller, was gab ich denn der Masse dafür, daß sie sowohl mich, als meine Familie jahrzehntlang ernährt und mir die Möglichkeit gegeben hat, in Wohlstand, ja in Luxus zu leben? War es etwa mein geistiger Reichtum? Und wenn ich sogar Talent besäße, so habe ich es durch Erbschaft erlangt; es ist, wie man zu sagen pflegt, eine Gabe der Natur. Weshalb soll denn dann für mich eine Ausnahme geschlossen werden? Vielleicht besteht die Tragik meiner Lage gerade darin, daß ich nicht für diejenigen geschrieben habe, die für meine Nahrung und mein Trinken sorgten, kein einziges Wörtchen habe ich für sie geschrieben. Alle meine Werke waren für ebenso satte und reiche Parasiten bestimmt, wie ich selber ein bin. Ich beschrieb ausschließlich das Leben der vom Nichtstun seit gewordenen Menschen, die schon den Sinn und den Geschmack für das Leben verloren hatten und Reizmittel für ihren abgestumpften Geschmack in verfeinerter Ausschweifung suchten, sowie in sichtlich verderbter Kunst, in Café Chantants, in den Salons, welche Bordellhäuser in unankündigendem Stil darstellten. Ich beschrieb das Leben ausgearteter Degenerierter, welche das Leben mit Niasmen infizierten, welche das Leben mit Gestank erfüllten, und dafür sollten mir diejenigen Nahrung und Getränke verschaffen, die jahrhundertlang, Tag für Tag ihren Schweiß und ihr Blut vergossen und diese der Mutter Erde opferten. Welch ein Grauel, Welch ein Verfall!

Man hielt mich außerdem noch für einen Menschen mit einem feinfühligem Gewissen, man hielt mich für das Gewissen des viele Millionen umfassenden Rußland, und dieses Gewissen war selbst beschmutzt und abgestumpft. Wie von Blindheit geschlagen mußte ich damals gewesen sein, um jahrelang an diesem himmelstreichenden Verbrechen ruhig

ohne mit der Wimper zu zucken, teilgenommen zu haben. Und war ich es denn allein? Meinestgleichen sind Millionen. Das Furchtbare aber besteht darin, daß keinem das Furchtbare seiner Lage klar bewußt ist. Wir kärmern vorwärts, weil uns die Strömung mitreißt. Weil wir es so gewohnt sind, es uns auf diese Art bequem erscheint, weil wir sowohl durch die Erziehung, als durch die Hypnose der Gesellschaft so verblendet sind, daß niemand stehen bleiben will, um sich die Augen zu reiben, sie zu öffnen und sich umzusehen... Ha-ha-ha-ha!... Und uns nennt man das Salz der Welt... Pfui, wie widerwärtig... wir sind bloß schmutzige Auswürfe, welche die Luft infizieren!

Ich bin so erregt und so von meinen Gedanken erfüllt, daß ich mehrere Male unachtsam gegen die mir entgegenkommenden Menschen pralle; diese brummen, einer stößt mich sogar böse:

„Bist wohl blind? Sieh doch auf den Weg, wenn du gehst!“ Ich ärgere mich nicht darüber; gewiß bin ich blind, Bruder, mein ganzes Leben gehe ich ja blind einher; erst jetzt, wo ich dem Leben von Angesicht zu Angesicht gegenüberstehe, erst jetzt beginnen meine Augen sich zu öffnen. Ich erblinde aber vor dem Licht, und wie ein Feigling will ich umkehren und davonlaufen... Ins Dunkel zurückkehren möchte ich nicht, vor dem Lichte fürchte ich mich aber...

Boshaft und spöttisch lacht jemand in mir. Sei's drum, du hast recht, Bruder, gegen die Wahrheit läßt sich nicht streiten, aber wie wirst du denn mit leeren Händen nach Hause kommen? Ich möchte mal sehen, hören, was du für ein Lied anstimmen wirst, wenn in einigen Tagen das schreckliche Gespenst des Hungers sich in dein Haus einschleicht? Du bist mit ihm noch nicht befreundet? So frage einmal diejenigen, die dich bisher ernährt haben, sie werden es dir erklären, da sie hungerten, während du ihre Arbeit verspeisest. Nein? Du kümmertest den Kopf? Du bist entsetzt? Nun, so wollen wir sehen. Wenn der Magen vor Hunger zu brummen beginnen wird, wirst du dann wohl dasselbe Lied anstimmen? Am Ende ist das Alte noch besser, es geht wenigstens alles in dem einmal gebahnten Wege. Breche dich doch; du hast es ja nicht begonnen, es wird auch nicht durch dich seinen Abschluß finden, so überlasse es doch den andern, die Welt zu verbessern. Das Leben ist ja so kurz... Hast du nicht selbst geschrieben, daß man das Leben genießen soll, daß man ihm alle Freuden abgewinnen muß, da das Leben eine Mißgestalt ist?

(Fortsetzung folgt.)

